

Hinweise zu Umweltgutachten

1. Landschaftspflegerische Begleitplan LBP

Der Landschaftspflegerische Begleitplan (LBP) fungiert als Instrument zur Planung im Rahmen der Eingriffsregelung auf Grundlage des Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), welches die rechtlichen Aspekte der Identifikation und Bewertung von Eingriffen festlegt.

Die Pflichten des Verursachers (Vorhabenträger) sind in § 15 BNatSchG verankert und beinhalten die Vermeidung von vermeidbaren Beeinträchtigungen sowie den Ausgleich oder Ersatz der beeinträchtigten Naturhaushaltsfunktionen.

Die Definition von Eingriffen wird in § 30 ff. des Landesnaturschutzgesetzes (LNatSchG 2019) NRW präzisiert. Ziel eines LBP besteht darin, die zu erwartende Eingriffe des Vorhabens in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild darzustellen sowie Maßnahmen abzuleiten:

Diese zielen darauf ab, den Eingriff so weit wie möglich zu minimieren (Vermeidungsgebot), unvermeidbare Beeinträchtigungen auszugleichen (Ausgleichspflicht) und für nicht ausgleichbare Eingriffsfolgen durch geeignete landschaftspflegerische Maßnahmen Ersatz zu schaffen (gemäß § 15 Abs. 1 und 2 BNatSchG).

Gemäß § 17 Abs. 4 BNatSchG sind vom Eingriffsverursacher für die Beurteilung des Eingriffs klare Angaben erforderlich, die sowohl in schriftlicher Form als auch auf der Karte dargestellt werden müssen. Diese Angaben umfassen den Ort, die Art, den Umfang und den zeitlichen Ablauf des Eingriffs sowie die geplanten Maßnahmen zur Vermeidung, zum Ausgleich und Ersatz der Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft. Hierbei sind auch Informationen zur tatsächlichen und rechtlichen Verfügbarkeit der für Ausgleich und Ersatz benötigten Flächen zu liefern. Der LBP wird mit der Erteilung der Genehmigung rechtsverbindlich.

Die Bürgerwind Greven GmbH & Co. KG wird nicht vermeidbaren Eingriffe im ordentlichen Verfahren nach §4 BImSchG in einem LBP berücksichtigt. Diese unvermeidbaren Eingriffe werden ausgeglichen oder durch geeignete landschaftspflegerische Maßnahmen ersetzt. Der LBP ist daher für diesen Vorbescheid und für die Frage der luftverkehrsrechtlichen und planungsrechtlichen Zulässigkeit nicht von Belang, weil die Eingriffe grundsätzlich ausgeglichen oder ersetzt werden können.

2. Ersatzgeldermittlung

Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes, die im Rahmen des Baus von Windenergieanlagen (WEA) auftreten, sind üblicherweise nicht direkt ausgleichbar. Daher erfolgt die Kompensation dieser Beeinträchtigungen in der Regel durch Ersatzgeldzahlungen. In Nordrhein-Westfalen (NRW) ist in Bezug auf Eingriffe in das Landschaftsbild der §31 Abs. 5 des Landesnaturschutzgesetzes (LNatSchG) in Verbindung mit dem Windenergieerlass 2018 anwendbar. Dieser besagt, dass eine einfache Ermittlung der Flächenanteile ausreichend ist.

Für die Festlegung der Ersatzzahlungen gelten gemäß dem Anhang des Windenergieerlass-NRW 2018 bestimmte Wertstufen und Ersatzgelder. Diese sind der folgenden Abbildung zu entnehmen:

Wertstufe	Landschafts- bildeinheit	bis zu 2 WEA Ersatzgeld pro Anlage je Meter Anlagenhöhe	Windparks mit 3-5 Anlagen Ersatzgeld pro Anlage je Meter Anlagenhöhe	Windparks ab 6 Anlagen Ersatzgeld pro Anlage je Meter Anlagenhöhe
1	sehr gering / gering	100 €	75 €	50 €
2	mittel	200 €	160 €	120 €
3	hoch	400 €	340 €	280 €
4	sehr hoch	800 €	720 €	640 €

Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) führt eine flächendeckende Bewertung des Landschaftsbildes für Nordrhein-Westfalen durch. Anhand dieser Bewertung wird die Ersatzgeldzahlung ermittelt. Die Ersatzgeldermittlung wird dem ordentlichen Antrag nach §4BImSchG beigelegt. Die Ersatzgeldermittlung steht dem Vorhaben somit nicht entgegen, nur die Höhe der Zahlung ist abschließend noch nicht festgelegt.

3. Artenschutzgutachten

Das Artenschutzgutachten wird für das ordentlichen Verfahren nach § 4 BImSchG eingereicht. Diesem Antrag ist der Stand der Untersuchungen beigelegt, ebenso wie der Kurzbericht zur Artenschutzprüfung I (ASP I). Der Bericht behandelt sowohl das beantragte Gebiet West (im Bericht „Vosskotten“ genannt) und das Gebiet Ost (im Bericht „Brüstkenheide“ genannt). Das Gebiet Ost ist nicht Gegenstand dieses Antrags, sondern wird in einem eigenständigem Genehmigungsverfahren behandelt.

Zur Vermeidung der Tötung, Verletzung oder Störung durch die Windenergieanlagen werden fachlich anerkannte Schutzmaßnahmen angewandt. Diese Maßnahmen werden dem ordentlichen Antrag nach §4 BImSchG beigelegt. Die Untersuchungsergebnisse und der Bericht zeigen auf, dass die Windenergieanlagen genehmigungsfähig sind:

Auszug aus der ASP I:

„Dennoch kann nach derzeitiger Einschätzung (Sachstand September 2023) über die Erarbeitung einer ASP mit einem anhängigen detaillierten Maßnahmenkonzept inklusive artspezifischer Vermeidungsmaßnahmen eine Bewältigung artenschutzrechtlicher Konflikte in Aussicht gestellt werden; es ist bereits zum jetzigen Planungsstand ersichtlich, dass hierfür auch zusätzlich vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (sog. CEF-Maßnahmen) gem. § 44 (5) BNatSchG erforderlich werden können.“